



Niederschrift öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 15.10.2002
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:50 Uhr
Ort, Raum:	Haupthaus, Fr.-Ebert-Str. 79/81, Raum 124

Anwesend sind:

Frau Blume, Marie	SPD	anwesend ab TOP 3 (18:05 Uhr)
Frau Otto, Gisela	SPD	
Frau Priebe, Manuela	PDS	
Frau Schulze, Jana	PDS	
Herr Näder, Volkmar	CDU	
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Grüne/B90	anwesend ab TOP 5 (18:35 Uhr)
Frau Laabs, Julia	Die Andere	
Herr Dr. Gareis, Klaus	PDS	
Frau Gerber, Heiderose	Die Andere	
Herr Hannemann, Olaf	CDU	
Herr Jetschmanegg, Dieter	SPD	
Frau Wurziger, Rita	SPD	

Nicht anwesend sind:

Herr König, Herbert	PDS	nicht entschuldigt
Frau Plischke, Martina	SPD	nicht entschuldigt
Herr Jakobs, Jann amt. Oberbürgermeister		entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 4 Aktuelles
- 5 Umsetzung Grundsicherungsgesetz in der Stadtverwaltung Potsdam
Vorlage: 02/SVV/0652
Oberbürgermeister, FB Jugend, Soziales und Wohnen
- 6 Einrichtung einer Babyklappe
Vorlage: 02/SVV/0660

- 7 Sozialplanungsrichtlinien
Vorlage: 02/SVV/0704
Fraktion CDU
- geänderte Fassung des Beschlusstextes -
- 8 Wohnungspolitische Leitlinien der Stadt Potsdam
Vorlage: 02/SVV/0714
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- mit Änderungs-/Ergänzungsantrag Fraktion PDS -
- 9 Sachstandsbericht zum Umzug der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber von der Michendorfer Chaussee in die Kirschallee
- 10 Vorstellung der Ergebnisse von Alkohol- und Zigarettenkonsum der Potsdamer Schulabgänger/Schulabgängerinnen
- 11 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden des Ausschusses, Herrn Näder.

Zu Beginn der Sitzung sind 5 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

zu 2 Bestätigung der Tagesordnung

Frau Laabs bittet um Bericht des Sozialermittlers wenn möglich in der heutigen Sitzung oder um Aufnahme in die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung.

Herr Näder bittet um Abstimmung zum Rederecht von Herrn Wagner als Vertreter der Kleinen Liga zum TOP 7.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Dem Rederecht wird einstimmig zugestimmt.

Der Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

1. Information zum Sozialticket:

Herr Böttche informiert, dass das Sozialticket gemäß Beschluss der StVV ab Oktober bis Dezember 2002 ausgereicht wird.

2. Vermittlung in Arbeit:

Herr Böttche berichtet, dass das Markterkundungsverfahren auf den Weg gebracht wurde. In Frage kommende Partner wurden angeschrieben. Bis Ende Oktober sollen die entsprechenden Konzepte eingereicht werden. Danach erfolgt die Auswertung der Konzepte. Die Verwaltung würde die Unterstützung bei der Auswahl durch Ausschussmitglieder begrüßen.

Frau Priebe begrüßt den Vorschlag und erklärt ihre Bereitschaft, am Auswahlverfahren teilzunehmen. Sie fragt, ob es Überlegungen der Verwaltung zur Umsetzung der "Hartz-Vorschläge" gibt.

Herr Böttche erklärt, dass das Konzept mit den Vorstellungen des Arbeitsamtes zur Umsetzung der "Hartz-Vorschläge" abgeglichen wird. Dies soll miteinander verkoppelt werden.

Frau Priebe bittet um regelmäßige Berichterstattung im Ausschuss für Gesundheit und Soziales.

Frau Blume fragt, ob das Jugendamt beteiligt ist.

Herr Böttche betont, dass das Jugendamt hier beteiligt ist. Ein entsprechendes Konzept wird durch Herrn Schweers erarbeitet.

Herr Näder erklärt ebenfalls seine Bereitschaft zur Mitwirkung bei der Auswertung der Konzepte.

Frau Priebe schlägt vor, hier einen Tagesordnungspunkt im Ausschuss einzurichten, der regelmäßig behandelt wird.

Herr Näder empfiehlt, dies regelmäßig im Punkt "Aktuelles" zu behandeln.

3. Gesundheitsmarkt:

Herr Linke weist darauf hin, dass am 26.10.2002 im Stern-Center von 9:00 bis 16:00 Uhr der 8. Potsdamer Gesundheitsmarkt unter dem Motto "Bewegung ist überall" stattfindet.

Die offizielle Eröffnung durch den amtierenden Oberbürgermeister erfolgt um 11:00 Uhr.

Ca. 45 Einrichtungen und Institutionen stellen ihre Arbeit vor.

zu 4 Aktuelles

Frau Priebe bittet um Sachstandsbericht zum Haus der Begegnung und zum Sozialbericht 2001.

Herr Näder sagt zu, dies in die Tagesordnung der nächsten Ausschusssitzung aufzunehmen.

Frau Laabs spricht die langen Bearbeitungszeiten bei Wohngeldanträgen an.

Herr Böttche erklärt, dass es eine interne Untersuchung gab, die jetzt abgeschlossen ist. Derzeit erfolgt die Auswertung.

Frau Kluge schlägt vor, in der nächsten Sitzung des Ausschusses zu berichten, da hier die Gespräche noch nicht abgeschlossen sind.

**zu 5 Umsetzung Grundsicherungsgesetz in der Stadtverwaltung Potsdam
Vorlage: 02/SVV/0652**

Herr Böttche bringt die Mitteilungsvorlage ein und gibt Erläuterungen.

Frau Schulze fragt, ob die Aufgabe unbefristet bleibt und ob bereits beim Bund der Antrag auf Erstattung gestellt wurde.

Herr Böttche erklärt, dass die Kommune diese Aufgabe zu erfüllen hat. Dies ist eine unbefristete Aufgabe der Stadt.
Es ist geplant, zwei Mitarbeiter aus dem Bereich Soziales umzusetzen. Derzeit wird geprüft, welche Mitarbeiter umgesetzt werden können. Die frei werdenden Stellen im Bereich Soziales müssen dann neu besetzt werden.
Der Erstattungsanspruch beim Bund wird geltend gemacht, sobald dies rechtlich möglich ist.

Herr Näder bittet hierzu um regelmäßige Information zum aktuellen Stand der Umsetzung.

Frau Wurziger fragt, ob dadurch andere Zahlungen für Hilfeempfänger wegfallen.

Herr Bindheim erklärt, dass sich dies auf die einmaligen Beihilfen auswirken kann. Hier sind die Gespräche aber noch nicht abgeschlossen.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 6 Einrichtung einer Babyklappe
Vorlage: 02/SVV/0660**

Frau Blume übernimmt für diesen Tagesordnungspunkt die Leitung der Sitzung.

Herr Näder bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau Wurziger weist darauf hin, dass hier auch bedacht werden muss, dass dies Kosten verursacht.

Frau Dr. Lotz macht deutlich, dass es für die Verwaltung sehr schwierig ist, hier eine Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit zu prüfen.

Frau Melior weist darauf hin, dass in der Stadt Brandenburg jetzt die Möglichkeit der anonymen Geburt besteht.

Frau Laabs spricht sich gegen diesen Antrag aus.

Frau Priebe spricht sich für den Prüfauftrag aus.

Sie schlägt vor, mit dem Klinikum Ernst von Bergmann die Möglichkeit die Errichtung einer Babyklappe zu prüfen.

Frau Dr. Lotz macht deutlich, dass hier eine Bedarfermittlung sehr schwierig ist. Es sollte überlegt werden, ob wir eine Babyklappe haben wollen.

Frau Melior betont, dass hier der Bedarf nicht nur in Zahlen ermittelt werden darf.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit den Potsdamer Krankenhäusern zu prüfen, ob die Einrichtung einer Babyklappe in Potsdam zweckmäßig und notwendig ist. Der Stadtverordnetenversammlung ist bis zur November-Sitzung 2002 dazu zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 2
Stimmenthaltung: 2
Dem Antrag wird zugestimmt.

zu 7 Sozialplanungsrichtlinien

Vorlage: 02/SVV/0704

Herr Wagner (Kleine Liga) betont die Wichtigkeit der Richtlinie als verbindlicher Rahmen für die freien Träger.

Herr Bindheim erklärt, dass die Verwaltung den Antrag unterstützt.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür zu sorgen, bis zum II. Quartal 2003 eine qualifizierte Sozialplanung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 1
Dem Antrag wird zugestimmt.

zu 8 Wohnungspolitische Leitlinien der Stadt Potsdam

Vorlage: 02/SVV/0714

Herr Kahle bringt die Vorlage ein und gibt Erläuterungen.

Er weist darauf hin, dass die Ziele beschlossen werden sollten. Die Strategien sollten nicht beschlossen werden, sondern den jeweiligen Bedingungen angepasst werden.

Frau Priebe bringt den Änderungs-/Ergänzungsantrag der PDS-Fraktion ein.

Herr Kahle macht deutlich, dass das Stadtentwicklungskonzept und die Leitlinien eine Einheit bilden sollen.

Frau Priebe betont, dass die Anlage 2 nicht Bestandteil des Beschlusstextes ist, aus Sicht der PDS-Fraktion aber aufgenommen werden soll. Sie macht deutlich, dass die entscheidende Rolle der GEWOBA hervorgehoben werden sollte. Auch die Wohnkosten sollten aufgenommen werden.

Herr Kahle weist darauf hin, dass dies im Punkt 1 der Anlage 1 enthalten ist.

Frau Priebe betont, dass die Anlage 2 konkreter ist, als die Anlage 1.

Herr Kahle erklärt, dass Anlage 2 die Strategien sind, welche konkreter sein müssen als die Ziele.

Herr Näder weist auf die Formulierung "wettbewerbsfähig stabil" im Änderungs-/Ergänzungsantrag der PDS-Fraktion hin. Beides schließt einander aus.

Herr Jetschmanegg fragt, ob auch die privaten Vermieter einbezogen waren.

Herr Kahle erklärt, dass die großen Wohnungsunternehmen einbezogen waren. Der Verband der Haus- und Grundstückseigentümer war eingeladen, ist aber nicht erschienen. Zukünftig soll auch das Bundesvermögensamt einbezogen werden.

Einzelabstimmung zum Änderungs-/Ergänzungsantrag der PDS-Fraktion:

Änderungs-Ergänzungsantrag:

Der Abschnitt 1.5 Wohnkosten aus der Anlage 2 wird mit nachfolgend ersichtlichen Änderungen (Fettdruck) dem Abschnitt 1 Wohnungspolitik als Sozialpolitik angefügt:

Die Wohnkosten werden ein immer wichtigeres Auswahlkriterium für eine Wohnung. Im Wettbewerb der Standorte werden die Wohnkosten zunehmend an Bedeutung gewinnen. **Es ist deshalb ein zentrales Anliegen, die Wohnkosten wettbewerbsfähig stabil zu halten.** Dabei geht es um die Gesamtheit der Wohnkosten, zu denen neben der Miete auch die unmittelbaren Betriebskosten und jene Zusatzkosten zählen, die aus infrastrukturellen Nachteilen (kein ÖPNV-Anschluss, weite Wege, unzureichende Nahversorgung) resultieren.

Der Potsdamer Mietspiegel ist daher in Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung, den **Mietervereinen** und den Vermietern fortzuschreiben. Andere Instrumente, die geeignet sind, Wohnkosten transparent zu machen, sind **so zu entwickeln, dass diese Kosten für den einzelnen durchschaubar und nachrechenbar werden und er sie dann auch durch wirtschaftlich-ökologisch verantwortungsbewusstes Verhalten in ihrer Entstehung und Höhe beeinflussen kann.**

Eine weitere Erhöhung der Nebenkosten durch stadtwirtschaftliche Maßnahmen muss sich ("**auch**" - **streichen**) an ihrer sozialen Verträglichkeit messen lassen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 2

Der Antrag wird abgelehnt.

Änderungs-Ergänzungsantrag:

2.1 Fundament sozialer Wohnungspolitik wird wie folgt geändert:

Das **kommunale** und die **genossenschaftlichen** Wohnungsunternehmen in **Zusammenarbeit mit den städtischen Sanierungs- und Entwicklungsträgern** sind Hauptakteure ...

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3

Ablehnung: 2

Stimmenthaltung: 2

Dem Antrag wird zugestimmt.

Änderungs-Ergänzungsantrag:

2.2 (neu) wird wie folgt geändert:

Satz 3: ... spielt die GEWOBA **die** entscheidende Rolle ...

letzter Satz: entfällt.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 5

Stimmenthaltung: 0

Der Antrag wird abgelehnt.

Änderungs-Ergänzungsantrag:

Die Abschnitte 3.2 und 3.3 werden in einem Punkt 3.2 mit der Überschrift **Demokratische Mitwirkung und Kooperation** zusammengefasst.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 4

Stimmenthaltung: 1

Der Antrag wird abgelehnt.

Änderungs-Ergänzungsantrag:

Satz 1 erhält folgende Fassung:

Die Wohnungspolitik materialisiert sich vor Ort in den Aktivitäten der sozialen Wohnungswirtschaft, der treuhänderisch tätigen Träger, der Investoren und privater Vermieter **in Zusammenarbeit mit den freien Trägern der sozialen Wohlfahrt sowie gesellschaftlichen Initiativen der BürgerInnen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 2

Ablehnung: 4

Stimmenthaltung: 1

Der Antrag wird abgelehnt.

Änderungs-Ergänzungsantrag:

Durch die Verwaltung ist als Anlage 3 bis zum 31.12.2002 eine Übersicht der fortgeltenden Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung zu grundlegenden wohnungspolitischen Fragen zu erstellen und an die Stadtverordneten auszureichen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3
Ablehnung: 3
Stimmenthaltung: 1
Der Antrag wird abgelehnt.

Beschlusstext:

Die in der Anlage 1 „Ziele der Potsdamer Wohnungspolitik“ formulierten Leitlinien bilden die Grundlage des wohnungspolitischen Handelns der Stadt Potsdam.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 3
Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

zu 9 Sachstandsbericht zum Umzug der Gemeinschaftsunterkunft für Asylbewerber von der Michendorfer Chaussee in die Kirschallee

Herr Böttche berichtet, dass der Umzug am 07. und 08.10.2002 ohne Probleme vollzogen wurde.

Für den 26.10.2002 ist eine Gemeinschaftsaktion in Form einer Pflanzaktion zu Verschönerung des Umfeldes geplant.

zu 10 Vorstellung der Ergebnisse von Alkohol- und Zigarettenkonsum der Potsdamer Schulabgänger/Schulabgängerinnen

Frau Trauth-Koschnick gibt einen Überblick über das Rauch- und Trinkverhalten der Mädchen und Jungen der 10. Klassen der Gesamt-, Real- und Förderschulen im Schuljahr 2001/2002 im Vergleich zu 1999.

Frau Laabs fragt, warum dies heute auf der Tagesordnung steht.

Frau Trauth-Koschnick erklärt, dass die Gesundheitsämter zur Gesundheitsberichterstattung verpflichtet sind. Dies ist ein Teil des Berichtes.

Frau Laabs fragt nach Informationen zu Ursachen und Prävention, oder auch zu den Ausstiegsmöglichkeiten.

Frau Wurziger macht deutlich, dass die Ursachen gefunden werden müssen.

Frau Schulze fragt, ob die Zigarettenautomaten in der Nähe von Schulen beseitigt wurden.

Frau Kaiser berichtet, dass dies erfolgt ist. Die Zigarettenautomaten in der Nähe der Schulen wurden entfernt.
Sie erklärt, dass die Gründe für das Rauchen sehr vielschichtig sind.

Herr Hannemann fragt, ob die Schulen in irgend einer Weise dagegen wirken.

zu 11 Sonstiges

Frau Priebe äußert ihre Verwunderung darüber, dass der abschließende Prüfbericht des Rechnungsprüfungsamtes zu GABI nicht im Ausschuss für Gesundheit und Soziales diskutiert wurde.

Sie bittet die Verwaltung, den Bericht auszureichen und in der nächsten Sitzung des Ausschusses zu behandeln.

Frau Laabs bittet um Informationen zum "Häuschen mit Rampe".

Herr Näder erklärt, dass die Hoffbauer-Stiftung finanziell nicht in der Lage ist, die Einrichtung weiter zu betreiben.

Er wird dies in die Tagesordnung der kommenden Sitzung aufnehmen.

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:
19.11.2002 18:00 Uhr**

**Volkmar Näder
Ausschussvorsitzender**

**Martina Spyra
Protokoll**